

Wien, am Freitag, den 23. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Dezember 1927

## BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES 1928

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr die Sitzung. Es wird die Budgetberatung über die Verwaltungsgruppe VI (Ernährungs- und Wirtschaftswesen) fortgesetzt.

Zunächst nimmt Gemeinderat Dr. Neubauer (soz. dem.) in einer einstündigen Rede zu den Ausführungen der Redner der Minderheit Stellung, die den Inhalt und die Ausstattung der Klassenlektüre, die jetzt in den Wiener Schulen verwendet wird, abfällig kritisiert habe. Wenn man auf die Informationen der Gegner der Schulreform angewiesen wäre, um einen Einblick in das Leben der Schule zu gewinnen, erhielte man aus ihnen einen ganz falschen Eindruck. Die Meinung, dass die Schullektüre nichts wert ist, ist ganz falsch. Schon das Verzeichnis des Verlages für Jugend und Volk über herausgegebene Schulbücher zeigt, dass in wenigen Jahren sehr Bedeutendes geleistet wurde. Die Kritik, die die Lektüre absichtlich lächerlich macht, ist am Wesen der Sache vorbeigegangen. Ich kann aus eigener Erfahrung konstatieren, dass alle Kinder, die die Grundschule heute besuchen, gerne in die Schule gehen und dass noch keine so grosse Schulfreudigkeit bis heute zu verzeichnen war als jetzt. (Zustimmung bei der Mehrheit). Selbst wir Lehrer können heute von dem Kind unglaublich viel lernen. Es ist ein mächtiger Erfolg der Schulreform, dass nicht nur das Kind, sondern auch die gesamte Elternschaft den Wert der Schulreform geniessen. Das Kind wird unmittelbar an dem Born der Weisheit geführt und das ist für das Kind eines der stärksten Erlebnisse. Die Klassenlektüre ist aber auch Elternlektüre und ich freue mich dem mit einem abgebrauchten Wort einen sinnfälligen Ausdruck geben zu können, mit dem Wort: Schule und Haus. (Beifall bei den Sozialdemokraten). Wenn in der Klassenlektüre das oder jenes so ist alles noch kein Grund für eine bemängelt wurde. Kritik, die alles verdammt. Tatsache ist, dass unsere Kinder die grösste Freude empfinden, wenn sie von der Schule ein Buch mit nach Hause bekommen. (Gemeinderätin Dr. Motzko: Das ist Ihre Phantasie-!) Sie haben in Brehms Tierbüchern gefunden, dass die Kinder da sexuell aufgeklärt werden. Da tun Sie Brehm ein gewaltiges Unrecht und ich bitte Sie mit eine Stelle zu nennen, die die Kinder in einer schlechten Art sexuell aufklärt. Da kann der Zweck ihrer Kritiken nur der sein, den Unwissenden das Gruseln vor der Schulreform zu lernen. Und was Sie mit Ihrer Kritik noch bezwecken ist, dass Sie unsere Schule in den Augen der Anderen herabzusetzen versuchen. Es zeigt sich also, dass Ihre Kritiken mit aller Vorsicht aufzunehmen sind. Die Wiener Schulreform ist ein grosser Schritt nach vorwärts, weil es durch sie möglich ist, das Prinzip der geistigen Auslese auf weitester Basis wirken zu lassen. Die Hauptschule ist da eine Etappe zu hoher geistiger Bildung. Jetzt können die Proletariatskinder aus der Hauptschule in die Obermittelschule geschickt werden, den Proletariatskindern sind alle Pforten zu einer wahren Bildung offen, weshalb auch eine Gegnerschaft zur Hauptschule durch die soziologische Einstellung gewisser Kreise bedingt ist. Die Wiener Schulreform hat nicht nur für Oesterreich beispielgebend gewirkt, aus allen Herren länder kommen die Schulmeister nach Wien, um hier Erfahrungen zu sammeln. Manche legen ihre Erfahrungen auch schriftlich nieder und was sie dann schreiben ist, dass Wien auf dem Gebiete des Schulwesens an der Spitze marschiert, dass wir ein Land sind, das sich alle anderen Länder auf dem

Gebiete des Schulwesens zum Beispiel nehmen können. Wien wird als Mekka der Pädagogik bezeichnet. Von einer solchen Warte und von der Warte der gesamten Lehrertätigkeit aus betrachtet, verschwindet Ihre Kritik zu einem ziemlich wesenlosen Bemühen (Beifall bei den Sozialdemokraten). Wir sind für jede Kritik dankbar, aber wir erheben auch die berechtigte Forderung, dass die Kritik sachlich ist, dass sie auf das Wesen der Dinge eingeht und nicht nur an der Oberfläche bleibt. Dass unsere Jugend in die Schulerneuerung hineingekommen ist, ist für sie ein grosses Glück. Und dass es zur Schulerneuerung überhaupt gekommen ist, ist das grösste Verdienst der Gemeinde Wien. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

GR. Höppeler (E.L.) weist zunächst auf einige Widersprüche in dem Voranschlag und in dem Bericht des Stadtschulrates hin und bemerkt sodann es seien in der letzten Zeit an ihn Beschwerden von Lehrpersonen aller Richtungen und von 102 Schulen eingelangt. Er bringt einige dieser Beschwerden, die von der Knabenbürgerschule an Schullehrerplatz stammt, zur Kenntnis. Sodann beschäftigt er sich mit der Klassenlektüre in der Hauptschule und bemerkt, es sei wohl ein sehr reiches Büchermaterial zur Verfügung gestellt worden, ein grosser Teil ist aber nicht brauchbar. In vielen dieser Bücher ist die Sprache eine unmögliche, der Inhalt ist meist nicht bildend.

GR. Dr. Neubauer: Beweisen Sie das! Nennen Sie Namen!

GR. Höppeler: bringt nun einen Aufsatz aus dem Buch "Wiener Schicksal" zur Verlesung.

Während der Verlesung ruft GR. Jenschik: Das ist doch herrlich schön, aber Sie lesen es schlecht (Heiterkeit).

GR. Höppeler: Ein anderer Aufsatz "Die Geschichte von der Maschin" hat revolutionären Inhalt. Gemeinderat Höppeler liest diesen Aufsatz im Wiener Dialekt geschriebenen Aufsatz.

GR. Pokorny (E.L.): Um das lesen zu können, muss man den Wiener Dialekt kennen! Im Liebhartstal redet man nicht so!

GR. Gröbner: Mein Karl liest besser vor als er! (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten).

GR. Höppeler: In einem anderen Aufsatz wird dem Amalienbad und der Kinderübernahmestelle ein grosses Loblied gesungen. Auch die christlichsoziale Verwaltung hat sehr grosse Werke geschaffen, aber niemals ist in einer so demagogischen und parteipolitischen Weise in der Schule gearbeitet worden.

GR. Dr. Neubauer: Ist es Parteipolitik, wenn das Amalienbad und die Kinderübernahmestelle gelobt wird?

GR. Höppeler: Ich als Lehrer muss mich dagegen auf das Entschiedenste verwahren, dass in der Schule Parteipolitik getrieben wird. Der Redner verlangt die Einhaltung des § 19 des Reichsvolksschulgesetzes wonach den Lehrern die Auswahl auf die Lehr- und Lesebücher zustehen soll. Auch die sozialdemokratischen Lehrer sind über die Beschränkung der Rechte der Lehrerschaft in dieser Beziehung empört. Für unnötige Dinge wird Geld hinausgeworfen, das unbedingt Notwendige fehlt. So fehlt es an Handtüchern, an Fenstervorhängen, es sind nicht genug Schwämme und Tafelfetzen da. Wenn es an Material fehlt müssen die Elternvereinigungen dafür aufkommen.

Die Elternversammlungen werden zu politischen Zwecken benutzt. In der Schule am Bebelplatz hat ein Oberlehrer vor den Wahlen Wahlreden über die Säuglingswäse gehalten. Auch sozialdemokratische Lehrer haben sich darüber beschwert. Der Redner wendet sich sodann dagegen, dass in der Schule in der Umlandgasse einer Frau Suschitzky der Turnsaal für rythmische Gymnastik zur Verfügung gestellt wurde. Diese Frau ist eine Jüdin.

GR. G. Söckel: Eiheitsliste:

GR. Höppeler: In Wirklichkeit handelt es sich um eine reine Tanzschule. Der Tanzunterricht besteht meist im Nackttanzen, bei dem die männliche Jugend aus Favoriten von dem freien Platz vor der Schule aus zusieht. Der Frau Sushitzky werden gegen das Gesetz alle möglichen Begünstigungen erteilt, sie führt sich als Herrin in der Schule. Das kann man nicht anders nennen als Skandal und Schweinerei.

GR. Dr. Neubauer: Sie wissen nicht, was rythmische Gymnastik ist!

GR. Jenschik: Haben Sie auch zugeschaut Kollege Höppeler! (Heiterkeit).

GR. Höppeler stellt gegenüber dem Gemeinderat Neubauer fest, dass er in seiner mehr als 30jährigen Praxis niemals sowenig Schul- und Arbeitsfreudigkeit gefunden habe, wie jetzt.

GR. Neubauer: Das hängt von Lehrer ab!

GR. Höppeler: Das hängt nicht vom Lehrer, sondern vom Milieu ab. Die Kinder kommen gern in die Schule, aber sie wollen, dass man mit ihnen in einem fort Fussball und Faustball spielt. A' die Kinder müssen auch etwas ernstes lernen.

GR. Neubauer: Stellen Sie sich doch nicht solch ein Armutzeugnis aus!

GR. Höppeler schliesst seine Ausführungen mit der Erklärung, dass er einer Verwaltung der Kultur <sup>-feind-</sup>lichkeit, der Korruption und des Terrors und daher auch nicht dem Budget seine Zustimmung erteilen könne. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Stöger (E.L.) bezeichnet die Budgetposten der städtischen Wirtschaftseinrichtungen als volks- und gewerbefeindlich. Er nimmt dann ausführlich zum Schulwesen Stellung. Gemeinderat Dr. Neubauer hat erklärt, dass wir mit unseren Kritiken im Unrecht sind. Dem gegenüber verweise ich auf viele Fälle, die beweisen, wie planmässig die Vergiftung unserer Jugend durchgeführt wird. Der Redner verliest dann Auschnitte aus dem Buch "Reise zum Vorgebirge der guten Hoffnung", die er heftig kritisiert. Es wäre die höchste Aufgabe des Wiener Gemeinderates, die Seelenräuber der Kinder, die die Kinder auch planmässig verdummen, unmöglich zu machen und ihnen das Handwerk zu legen.

Die Unentgeltlichkeit der Lernmittel für alle Schulkinder, dieser unglückselige Ladenhüter der sozialdemokratischen Partei, ver trägt die Schuld an dem Büchermangel, unter dem Lehrer und Eltern zu leiden haben. An den Bürgerschulen gibt es jetzt überhaupt kein Rechenbuch. Die neuen, soviel gepriesenen Rechenbücher an den Volksschulen sind fast unbrauchbar. Ähnlich ist es auch bei den Büchern für den Sprachunterricht. Die Atlanten müssen in der Schule bleiben. Die Kinder dürfen sie nicht nachhause nehmen, wodurch ihr Zweck nicht erfüllt wird. Von den Büchern sind meist nur Fetzen vorhanden. Die Reisezeuge bekommen nicht alle Schüler, sondern es wird nur ein Stück für je zwei Schulkinder ausgegeben. Die Unentgeltlichkeit der Lernmittel hat viele Papierhändler zugrunde gerichtet. Wir können immer wieder nur feststellen, dass das wichtigste Charakteristikum Ihrer Verwaltung die Glaubens- und Gewerbe feindlichkeit ist. Die Gelder werden hier für die Entchristlichung und Verdummung der Jugend ausgegeben. Vom Standpunkt der Jugend und des christlichen Glaubens müssen wir gegen diese Vorstösse Verwahrung einlegen. Die Sozialdemokraten werden das Christentum nicht entwurzeln, wir sind überzeugt, dass der <sup>g</sup>laubensfeindliche Marxismus am Christentum zerschellen wird. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

ST. Kokrda erwidert, dass die Frage der geistigen Beschaffenheit der Lernmittel eine Angelegenheit der Schulbehörde ist. Der Stadt-

schulrat ist eine Bundesbehörde und die Gemeinde hat auf die Beschaffenheit der Lernbehelfe keinen Einfluss. Diese Frage müssen die Vertreter der Minderheit im Stadtschulrat erörtern.

ST. R. Rummelhardt: Das ist der Fehler der Verfassung!

ST. R. Kokrda: Wir haben nur die Bücher anzukaufen. Wenn im Inhalt etwas nicht richtig ist, dann müssen die Herren im Stadtschulrat intervenieren.

ST. R. Kynschak: In jedem Landtag ist es möglich über solche Angelegenheiten zu sprechen. Ueberall muss der Verantwortliche Rede und Antwort stehen.

ST. R. Kokrda: Wir haben den Stadtschulrat. Wir haben bis jetzt 24.000 Atlanten geliefert bekommen. Es werden noch 26.000 geliefert. Es bekommt dann jedes Kind diesen Atlas und kann ihn auch nach Hause nehmen.

ST. R. Rummelhardt: Aber der Atlas ist noch gar nicht approbiert!

ST. R. Kokrda: Auch das ist eine Sache der Schulbehörde. Durch die erst im August vom Nationalrat beschlossenen Hauptschulgesetze sind so viele Veränderungen auf dem Gebiet der Unterrichtsbehelfe eingetreten, die nicht in der kurzen Zeit bis zu Schulbeginn sich auswirken könnten.

Der Referent bespricht nun die Marktgebühren, die noch lange nicht valorisiert sind. Gegenwärtig betragen die Gebühren für ein Rind 8'95 Schilling gegenüber 8'42 Goldkronen im Jahre 1914. Dagegen hebt der Bund für ein inländisches Rind 20'91 Schilling und für ein ausländisches gar 68 Schilling ein. Wenn also die Minderheit die Gemeindegebühren als fleischverteuernd bezeichnet hat, dann bin ich gerne bereit, darüber zu reden. Wir haben mit den Genossenschaften Fühlung genommen, die sämtlich erklärt haben, dass eine Erhöhung dieser Gebühren vollständig gerechtfertigt ist. Es ist unrichtig, dass der Landtagsabgeordnete Mentasti für den Rathauskeller Wein einkauft. Von den Wiener Weinbauern, die durch den heurigen Frost geschädigt worden sind, wurden bis jetzt nur 16 Gesuche um die Gemeindefürsorge beim Magistrat überreicht. Einer Verringerung der Budgetpost Grundankäufe kann nicht zugestimmt werden, weil die Gemeinde zur Durchführung des grossen Wohnbauprogrammes die Grundstücke benötigt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Voranschlag dieser Verwaltungsgruppe wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, die Anträge des Vizebürgermeisters Hoss und Gemeinderates Hengl auf Herabsetzung der Ausgaben für Grundankäufe von vier Millionen auf eine Million Schilling und Erhöhung der Subvention für die Landwirtschaft auf hunderttausend Schilling werden abgelehnt.

ST. R. Linder leitet die Verhandlung über die Verwaltungsgruppe VII (Allgemeine Angelegenheiten) ein: Das Gesamterfordernis der Gruppe beträgt 12,602,910 Schilling. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahre um 5,800,000 Schilling. Dieses Mehrerfordernis erstreckt sich vor allem auf die Gemeindefürsorge und zwar ist dafür der Betrag von etwas über drei Millionen Schilling vorgesehen. Der Hauptposten im Budget dieser Gruppe ist die Feuerwehr. Wir sind nach wie vor bestrebt, die Feuerwehr auf der Höhe zu erhalten, auf der sie sich befindet. Ihren internationalen Ruf zu erhalten. Auch für das folgende Jahr sind eine Reihe von Massnahmen zur Verbesserung des Feuerwehrdienstes an und hebt insbesondere hervor, dass der Meldedienst in den Bezirken I bis VII ausgestattet werden soll. Sodann bespricht der Berichterstatter die einzelnen Posten des Voranschlages und schliesst mit der Bitte, das Budget der Gruppe anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Kunschak (E.L.) bemerkt, dass durch die Neugruppierung der Referate nunmehr alle Agenden der politischen Polizei in der Hand eines Referenten vereinigt werden, sodass der neue Referent, gewissermassen der Polizeiminister der Stadt Wien ist. Ihm ist auch das Oberkommando über die Gemeindefürsorge zugewiesen. Und wie im Stadtschulrat ist auch hier ein geschäftsführender Vizepräsident in der Person des Branddirektors Wagner bestellt worden. Ich erlaube mir daher, sagt Redner, meine Visitenkarte mit den ergebensten Empfehlungen beim Herrn Polizeiminister Linder abzugeben. Wir möchten seine Aufmerksamkeit auf eine Erscheinung lenken. Wir haben in Wien eine Reihe von sehr dunklen Existenzen, die auf verschiedenen Gebieten ihr Unwesen treiben.

GR. Sohn: Schober! (Lebhafte Protestrufe bei der Minderheit)

GR. Dr. Wagner (E.L.): Das ist doch unerhört!

GR. Uebelhör (E.L.): Die Hetze wird fortgesetzt!

GR. Rummelhardt (E.L.): Ohne Schober süssen Sie nicht mehr hier!

GR. Schels (E.L.): Wenn der Schober nicht gewesen wäre!

GR. Kunschak: Diesen Zwischenruf tut man am besten damit ab, dass man auf ihn nicht reagiert. Schober steht viel zu hoch, als dass er in diesem Saal beleidigt werden kann (Lebhafter Beifall bei der Minderheit, -Widerspruch bei der Mehrheit und Rufe: 85 Tote!) Ein Gebiet, auf dem sich diese dunklen Existenzen besonders breit machen ist das Kreditwesen die insbesondere infolge der unzulänglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, in hohem Grade aber auch durch ihre unzulässige Handhabung die weiteste Möglichkeit haben, sich hier zu betätigen. Gegen das bodenständige Gewerbe und gegen den bodenständigen Handel, wird zwar unter den verschiedensten Titel seitens der magistratischen Organe in der schikanösesten Weise vorgegangen. Auf anderen Gebieten muss man leider zum Schaden des Publikums ein Versagen der polizeilichen Instanzen der Gemeindeverwaltung konstatieren. Der Redner wolle nur einen Fall anführen, der aber typisch sei. Ein Mann der Betriebskapital benötigt wurde durch ein Inserat auf einen Herrn Fränkel in der Novaragasse aufmerksam gemacht. Dort musste er gleich im Voraus zehn Schilling für die Information erlegen. Dann wurde er an die Adresse Mariahilferstrasse 80 <sup>kommerzielle</sup> "kommerzielle" <sup>gewiesen wo sich an zwei Tafeln kennbar das Kreditbüro " für Handel und Gewerbe befindet. Dort wurden dem Mann zwei Unterschriften abgenommen und wegen Behebung des Geldes an einen Herrn Peschke in die Florianigasse 5 gewiesen. Dieser Peschke wieder verlangte, dass ein Bürge den Betrag auf sein Gehalt vormerken lassen müsse und erklärte dass der betreffende Kreditwerber den Herrn Fränkel in jedem Falle Provisionspflicht sei. Da stellte sich nun heraus, dass der Fränkel in der Novaragasse auch das kommerzielle Kreditbüro in der Mariahilferstrasse betreibt. Fünf Tage nachher bekam der Mann von einem Dr. Epstein, einem polnischen Flüchtling, der in der Ebendorferstrasse 3 auf einem Kabinett in Untermiete wohnt die Aufforderung, beim Kreditbüro 36 Schilling Provision zu erlegen. Da der Mann beim Telefon unhöflich war wurde er auf Ehrenbeleidigung geklagt aber nicht vom kommerziellen Kreditbüro sondern von einer privaten Geschäftswmittlung und als er nun sich im Rathause beschwerte sagte man ihm, da könne man nichts machen, Herr Fränkel sei ein Handelsagent, er hätte sich nicht anschmieren lassen sollen. Das Ende war, dass der Mann auf Zahlung der Provision klagte und dazu verurteilt wurde, obzwar er gar keinen Kredit bekommen hat. Der Redner er-</sup>

warte, dass der amtsführende Stadtrat dem Herrn Fränkel das Handwerk legen werde. Wenn der Magistrats sich einige Mühe nehmen wollte, würde er darauf kommen, dass es solche Vampire des Wiener Gewerbe- und Handelsstandes zu hunderten in Wien gibt. Es müsste eine gründliche Razzia zum Schutze des <sup>ehrliehen</sup> Gewerbe- und Handelsstandes veranstaltet werden.

Ein zweiter solcher Vampire Dr. Zalman. Alle die Leute, die in der Gemeinderatskommission mit einer kleinen Rente bedacht worden sind, haben von Dr. Zalman am 20. ein Schreiben bekommen indem es heisst: Wir sind in der Lage Ihnen die freudige Mitteilung zu machen, dass die Gemeinderatskommission ihnen am 19. d. M. Zuschüsse zu den Zinsen zugesprochen hat. Sie werden den Betrag noch vor Weihnachten bekommen. Vorläufig erhalten Sie die einfache Aufwertung, weil die Zuerkennung der doppelten Aufwertung erst nach vollständiger Erledigung aller Gesuche erfolgen kann. Wir sind aber nach genauer Kenntnis der Dinge in der Lage, Ihnen schon jetzt mitzuteilen, dass Sie voraussichtlich auf Lebensdauer den doppelten Betrag bekommen werden. Wir teilen Ihnen mit, dass die Hauptleitung beschlossen hat, an die Mitglieder, welche die Zuschüsse bekommen haben, heranzutreten und sie zu bitten von den Zuschüssen des Jahres 1927 mindestens 25 Prozent dem Verbandsrat zukommen zu lassen (Stürmische Hört! Hörtrufe und Rufe Skandal bei der Minderheit). Dann heisst es weiter: Wir übermitteln Ihnen 2 Erlagscheine und bitten Sie jetzt die 25 Prozent von dem Betrage, den Sie jetzt bekommen haben, einzuschicken und sobald Sie die Differenz auf die doppelte Aufwertung für das Jahr 1927 erhalten bitten wir Sie, unter Benützung des zweiten Erlagscheines auch von diesem Betrag die 25 Prozent einzuschicken (Stürmische Hört! Hörtrufe bei der Minderheit).

GR. Höppeler: Ein polnischer Jud aus Czernowitz!

GR. Hörmayer (E.L.): Das ist eine Gemeinheit!

Vierter Bogen.

GR. Kunschak: Zunächst ist interessant, dass der Mann, der in der Kommission sitzt, in der Lage ist, die Beschlüsse der Kommission, die am 19. getagt hat, noch am 19. allen Mitgliedern schriftlich mitzuteilen. Die Beschlüsse sind gewiss nicht vertraulich, aber es ist eine ausgemachte Lumperei (Lebhafte Beifall bei der Minderheit), dass man Tatsachen, zu deren Kenntnis man nur durch die Mitgliedschaft einer Behörde kommt, sofort weitergibt, wobei ich mich das Eindrücke nicht erwehren kann, dass der Mann schon früher davon Kenntnis gehabt haben muss. Denn wenn die Briefe am 20. den Parteien zugestellt werden, müssen sie schon früher vorbereitet worden sein. Das heißt, der Mann muss vor dem 19. Einblick in die Akten bekommen haben um für seine Organisation Kapital daraus zu schlagen. Interessant ist auch, dass eine Organisation, die nicht schaurig genug das Elend der Kleinrentner ausmalen kann, sich nicht scheut, von diesem Betrag, das die Gemeinde zahlt, 25 Prozent für sich in Anspruch zu nehmen. (Lebhafte Rufe bei der Minderheit: Unerhört!). Hier liegt nicht nur im Vorgang eine Lumperei vor, sondern auch materiell das Kriterium des Wuchers an armen bedauernswerten Leuten (Lebhafte Beifall bei der Minderheit). Im Voranschlag ist für die Kleinrentner ein Betrag von 500.000 Schilling eingesetzt, der Betrag wird eventuell bis auf eine Million Schilling erhöht werden, das heißt also, der Mann ist ein Parasit, der von dieser einen Million Schilling 250.000 Schilling für seine Organisation, für seine Zwecke (türmige Heft! Hörtrufe bei der Minderheit) in Anspruch nimmt. Der amtsführende Stadtrat muss dafür sorgen, dass der Herr Zelman aus dieser Kommission entfernt wird. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der Minderheit). und wenn er es nicht tut, so erkläre ich namens meiner Partei, mit dem Menschen wird sich unser Vertreter in Rücksicht auf unsere persönliche Ehre nicht wahr an einen Tisch setzen (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der Minderheit). Dass der Mann den Leuten verspricht, sie werden den doppelten Betrag auf Lebensdauer bekommen ist ein aufgelegter Schwindel. Es liegt hier also auch eine gräßliche und bewusste Irreführung dieser armen Leute vor.

GR. Döppler: Sirekt ein Betrug!

GR. Kunschak: Wir ersuchen den Stadtrat Linder auf diesem Gebiet Ordnung zu machen und diese armen Opfer des Schlachtfelds der Inflation von den Hyänen (diesem Schlachtfeld zu befreien.) (Lebhafte und Händeklatschen bei der Minderheit).

Hinsichtlich der Wahlen im XVIII. Bezirk verweist der Redner auf seine Ausführungen in der Generaldebatte und ersucht den Stadtrat Linder eindringlichst, den Bürgermeister zu veranlassen, dass die Wahlen in Währing ohne Säumen ausgeschrieben werden. Wir erwarten das von Stadtrat Linder umso mehr, als er ein Mandatar des XVIII. Bezirks und daher doppelt daran interessiert ist, dass die Wahlen in Währing über allen Zweifel und Verdacht hinausgehoben werden (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der Minderheit).

ST. R. Rummelhardt kritisiert zunächst die Post Gemeindegewache. Sie wird mit drei Millionen Schilling bestimmt zu teuer bezahlt, weil kein Mensch in Wien weiß, warum die Gemeindegewache eigentlich da ist. Die Gemeindegewache ist eine Abschlagzahlung für den republikanischen Schutzbund, ein neuer Beweis, wie sehr die Majorität dieses Saales an den Vorgängen des 15. Juli interessiert war und verantwortlich ist.

Die nächsten Ausführungen des Stadtrates Rummelhardt beschäftigen sich dann mit dem Prozess und der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes über die Verlegung des Infanterieregimentes 5 aus Wien. Die Ausführungen des Redners werden wiederholt von Lärmzügen unterbrochen.

Fünfter Bogen.

GR. Rummelhardt (E.L.) sagt, dass das alte 8ter und das alte 4er Infanterieregiment die beiden Wiener Hausregimenter waren. Die Angehörigen des Regimentes verbinden mit Wien die engsten Bande. Es war daher das Vorgehen des Landeshauptmannes von Wien, die Angehörigen des Infanterieregimentes Nr. 5 aus Wien zu weisen, sehr unmoralisch. Im April 1920 wurde das erste Bataillon und im Juni 1920 vom damaligen Heeresminister Deutsch auch das zweite Bataillon in Wien garnisoniert. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Damals war Wien noch kein eigenes Land! Später wurde dann das dritte Bataillon unterabteilungsweise auch in Wien garnisoniert. Als die Trennung des Landes Wien von Niederösterreich schon erfolgt war, hat Körner die Garnisonierung des ganzen Bataillon in Wien verfügt. Körner und Deutsch haben also das Wehrgesetz nicht eingehalten und sie waren die wirklichen Angeklagten im Prozess. Der Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, dass das erste und zweite Bataillon in Wien bleibt. Bezüglich des dritten Bataillons wurde die Entscheidung getroffen, dass das Bataillon nicht zu Recht in Wien ist. Das ist eine Entscheidung gegen Körner und eine Blamage für Ihre Partei. Die Vorgeschichte nun ist folgende: Bis 1924 hat weder der Bürgermeister noch sonst jemand gefragt, warum das Infanterieregiment in Wien ist. Die Angehörigen des Infanterieregimentes 5 waren meistens Angehörige Ihrer Gewerkschaft, Da trat nun ein Umschwung ein. Eine grosse Zahl trat aus Ihrer Gewerkschaft aus und dem Wehrbund bei, der unpolitisch ist. (Heiterkeit bei der Mehrheit) und eine wirkliche Standesorganisation ist. Es bestand nun die Gefahr, dass das Ergebnis der Soldatenratswahlen für Sie sehr unangenehm ausfallen könnte. Deshalb wurde der Bürgermeister losgelassen. (Bürgermeister Seitz: Jedenfalls hat Vaugoin nicht das Recht, über unser Land zu entscheiden. - Gemeinderat Wagner: Kein Wiener Soldat darf in einem anderen Bundesland ohne Zustimmung des betreffenden Landeshauptmannes sein. - Im Saal herrscht Unruhe). Eine Deputation sprach beim Bürgermeister vor und ihr wurde in sozialdemokratischem Deutsch gesagt, wenn Ihr nicht rot wählt, werdet ihr als landfremde Elemente aus Wien ausgewiesen. Daraufhin hat Ihre Organisation im Infanterieregiment 5 immer mehr an Boden verloren und deshalb wurde versucht, es aus Wien zu entfernen. Der Prozess war eine vernichtende, moralische Niederlage der sozialdemokratischen Partei. Das dritte Bataillon schwebt noch in der Gefahr, aus Wien ausgewiesen zu werden. Deshalb richte ich an den Bürgermeister den Appell, in wohlwollender Bedachtnahme auf die Verhältnisse der Angehörigen des Inf. Reg. 5 das dritte Bataillon und damit das ganze Regiment in Wien zu belassen (Stürmischer Beifall bei der Minorität).

Bürgermeister Seitz erwidert zunächst auf die tadelnden Bemerkungen der Minderheit, dass er während der Budgetberatung nicht immer anwesend sei, die Geschäfte des Bürgermeisters machen es ihm unmöglich, stets an den Beratungen des Voranschlags teilzunehmen.

Der Bürgermeister geht sodann auf die Ausführungen des Gemeinderates Rummelhardt über, und erinnert daran, dass, als das Wehrgesetz geschaffen wurde, die Sozialdemokraten als die zentralistische Partei den Standpunkt vertraten, dass in einem so kleinen Staate die Wehrmacht ein einheitlicher Körper sein und dass das Wehrgesetz danach aufgebaut werden müsse. Während die Christlichsozialen als die Zentralisten dieser Auffassung widersprachen und verlangten, dass die Wehrmacht den Eigenheiten der verschiedenen Ländern angepasst werden müsse. Schliesslich ist ein Kompromiss zustande gekommen, bei dem die christlichsoziale Partei mit ihrer Ansicht sehr stark durchgedrungen ist. Vor allem ist im Wehrgesetz die Bestimmung festgesetzt worden, dass der Sitz der einzelnen militärischen Formationen nur in dem Lande sein darf, zu dessen Werbereich es gehört. Werbereich und Sitz der Formation sind also identisch. Man hat unseren zentralistischen Ansichten gegenüber eingewandt, es wäre doch ganz

unmöglich, dass etwa in der Steiermark oder in dem christlichen Lande Tirol Leute aus irgendeinem anderen Land, die vielleicht nicht fromm genug sind, man dachte hier an Wien - Aufnahme finden könnten oder dass gar einmal ganze Formationen, die aus Wien oder Niederösterreich rekrutiert sind, im frommen Lande Tirol oder Vorarlberg disloziert werden könnten. Als Herr Vaugoin Minister wurde wollte er nach dem bekannten Witzwort

Schockolade und Knobel vorgehen, er wollte beides haben, er wollte die Autonomie für die christlichsozialen Länder und den Zentralismus für Wien, wenn immer er hier disloziert, den müsse man anerkennen, in den Ländern aber habe es natürlich beim Wehrgesetz zu bleiben. Faktum ist, dass kein Wiener je in ein Bundesland kommt sei es individuell, sei es generell in der Form einer militärischen Formation. Als Herr Vaugoin unter meiner Aera wieder einmal ein Bataillon nach Wien verlegen wollte und als er einigemal sogar individuelle Versetzungen vornehmen wollte, habe ich ihm bewiesen, dass sich Wien nicht so behandeln lässt und dass Wien alle Rechte behaupten wird, die jedem anderen Lande zukommen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten). Ich lehne es absolut ab/das Land Wien, dessen Steuerkraft zum grossen Teil der Republik zugute kommt das Land Wien, das ein Drittel der Bevölkerung der gesamten Republik beherbergt,

dass diese altehrwürdige Stadt sich gegenüber anderen Gebietskörperschaften degradieren lässt, die kaum so gross sind wie der kleinste Bezirk Wiens. In dieser Sache sollten alle Wiener zusammenstehen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten). Meine Aufgabe als Bürgermeister und Landeshauptmann war es daher, dem Herrn Heeresminister da er es sonst nicht anerkennen wollte, durch einen Richter spruch beweisen zu lassen, dass jede individuelle Versetzung eines Mitgliedes der Wehrmacht dass nach den Bestimmungen des Wehrgesetzes seinen Aufenthalt in Wien nicht nehmen kann und dass jede Versetzung einer Formation von uns bewilligt werden muss. Den Beweis habe ich ihm erbracht und damit ist die Rechtslage hergestellt. Wir haben damit gesichert, dass sich kein anderer Heeresminister und auch nicht der derzeitige erlauben darf, Land und Stadt Wien irgendwie anders zu behandeln als jedes andere Land (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten). Die zweite viel weniger wichtige Frage ist, ob es uns Wienern zweckmässig erscheint, diese oder jene militärische Formation, die nicht in unseren Werbereich gehört, hier zuzulassen oder eine individuelle Versetzung zuzugestatten. Diese Frage werden wir immer im einzelnen Falle prüfen. Der Bürgermeister stellt sodann gegenüber dem Gemeinderat Rummelhardt fest, dass die Verwaltungsgerichtshofbeschwerde in dieser Sache längst vor den Wahlen eingebracht war womit sich auch die verdächtige Argumentation des Gemeinderates Rummelhardt erledigt. Der Deputation, die bei mir vorgesprochen hat habe ich gesagt wir werden prüfen ob die Verlegung nach Wien bewilligt werden kann oder nicht wobei ich mich von dem für uns wichtigsten Gedanken leiten lasse, dass die Wehrmacht nach Verfassung und Gesetz dazu berufen ist, die Republik zu verteidigen. Ich sage das heute noch einmal und wenn es vielleicht wieder einmal dem Herrn Heeresminister einfallen sollte, irgendeine Formation nach Wien zu verlegen die in der bekannten Weise nach rein politischen Gesichtspunkten zusammengestellt die etwa monarchistisch ist, werde wir schon aus diesem Grunde die Versetzung ablehnen (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). - Lebhaftes Zwischenrufe bei der Minorität).

GR. Dr. Kollasa: Das ist eine Verdächtigung!

GR. Rummelhardt: Wie können Sie bei Leuten, die durch ihr Verhalten in der Burgenlandaffäre bewiesen haben, dass sie die Republik mit ihrem Blut verteidigen, welches Recht haben Sie, die Leute so zu verdächtigen?

GR. Beissar: Die sind schon längst abgebaut!

Bürgermeister Seitz: Das Wichtigste, worauf es mir ankommt, ist, erstens, dass sich der Heeresminister uns gegenüber nichts herausnehmen darf, was ihm nicht zukommt (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten) und dass wir zweitens unseren ganzen Einfluss aufbieten werden, um den monarchistischen Gedanken in Oesterreich auszurotten und den republikanischen Gedanken zu schützen. (Stürmischer langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten).

Gemeinderat Wagner (Sozialdemokrat): Der Wiener Stadtkommandant Wiesinger ist ein Monarchist!

Stadtrat Kunschak: Der Herr Bürgermeister hat in seiner Erwiderung auf die Ausführungen des Kollegen Rummelhardt mit Nachdruck betont, dass es sich hier um die Wahrung eines verfassungsmässigen Rechtes der Stadt Wien handelt. Ich erlaube mir hinzuzufügen, dass wenn es sich darum handelt, der Bürgermeister uns immer auf seiner Seite finde wird. Als der Bürgermeister sein Amt angebeten hat, hat er auf diesem Gebiet bereits ein fait accompli vorgefunden. Das dritte Bataillon des Infanterieregimentes war bereits in Wien disloziert.

Gemeinderat Nachtnebel: Aber ohne monarchistische Offiziere

Stadtrat Kunschak: Er hat vorgefunden, dass dieses Bataillon auf eine Verfügung des Generals Körner in Wien disloziert wurde. Er hat vorgefunden, dass diese Tatsache seinem Amtsvorgänger bekannt war und dieser gegen diese Tatsache keine verfassungsmässigen Bedenken vorgetragen hat.

Bürgermeister Seitz: Aber, der Minister hat mich ja gebeten diese Versetzungen zu genehmigen. Erst durch das Schreiben des Ministers wurde ich darauf aufmerksam.

Stadtrat Kunschak: Der Minister wollte das, was Körner schlecht gemacht hat, in Ordnung bringen. Deshalb hat er um die Legalisierung eines bereits bestehenden Zustandes angesucht. Bürgermeister Seitz hat sich aber nicht damit begnügt, feststellen zu lassen, ob das dritte Bataillon in Wien zu Recht disloziert ist, sondern auch das erste und zweite Bataillon vor den Verwaltungsgerichtshof zitiert. Er hat also den Kreis weiter gezogen, und das zu einer persönlichen Frage zwischen ihm und dem Minister gemacht.

Bgm. Seitz: Dagegen protestiere ich! Ich habe mit dem Minister persönlich nichts zu tun. Seit/er sich einmal nicht angemessen benommen hat!

Stadtrat Kunschak: Sie haben sich Herr Bürgermeister eine 66prozentige Blamge zugezogen. Der Verwaltungsgerichtshof hatte ja nicht zu prüfen, ob hier ein bereits bestehender Zustand legalisiert werden sollte, sondern sich nach der Aktenlage zu halten. So haben Sie recht bekommen. Es laufen doch fortgesetzt Ansuchen beim Wiener Landeshauptmann ein, dass der und jener Infanterist aus K&Ksterneburg u. s. w. nach Wien transferiert werden soll.

Bürgermeister Seitz: Das haben wir ihm gelehrt! Früher war es anders!

St. R. Kunschak: Ich muss schon sagen: Seitz als Politiker gefällt mir besser, als Seitz als Erzieher! Es werden fast jede Woche Aufenthaltsbewilligungen an Leute gegeben, die wegen irgend eines Deliktes aus Wien ausgewiesen wurden. Wenn man nun landfremden Verbrechern Aufenthaltsbewilligungen erteilt, dann ist es für mich gar keine Frage, dass <sup>man</sup> sich nicht dazu hergeben darf, anständige Bürger, die im dritten Bataillon des Infanterieregimentes 5 dienen, aus Wien zu entfernen (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Ich erwarte zuversichtlich, dass der Herr Bürgermeister mir Gelegenheit geben wird, mitzuwirken, dass das dritte Bataillon des Infanterieregimentes 5 auch weiterhin als ein Regiment, das ehrenhafte Männer umschliesst, in Wien verbleibt (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

GR. Doppler (E. L.) bespricht die Zustände im Gemeindegefängnis und erklärt, dass eine Reform der Haftvollziehung dringend notwendig sei. Der Redner regt dann, weil nach seiner Meinung die Strassenbeleuchtung Wiens noch lange nicht auf der Höhe der Zeit ist, die Anbringung beleuchteter Strassentafeln in grösseren Zwischenräumen an. Die nächsten Ausführungen gelten dann der Gemeindegewache, die Gemeinderat Doppler als eine höchstüberflüssige Einführung bezeichnet. Bürgermeister Seitz hat mit der Errichtung der Gemeindegewache einen groben Fehlgriff getan. Der Redner wendet sich sodann gegen die Beistellung der Gemeindegewache zum Invalidenamt und bemerkt, es wäre absolut unstatthaft, wenn aus den Mitteln des Invalidenamtes, die für bestimmte Zwecke vorgesehen und übrigens Bundesmittel sind, die Gemeindegewache gezahlt werden würde. Wir lehnen es ab, dass die Gemeinde diese Einrichtung beibehält und beantrage, die Post für die Gemeindegewache zu streichen. Der Redner führt Beschwerde darüber, dass die Gemeindegewache unter das Kommando des Branddirektors gestellt wurde, der dadurch von seiner eigentlichen Beschäftigung abgehalten werde. Während die härtesten Abbaumassnahmen verfügt wurden, hat man für die Gemeindegewache auf einmal Geld gehabt. Der Zweck war nur, einen Grossteil des republikanischen Schutzbundes in die Gemeindeverwaltung zu übernehmen.

GR. Untermüller (E. L.) Geschlossene Fürsorge (Lebhafte Heiterkeit).

GR. Doppler beschäftigt sich sodann mit dem Feuerlöschwesen und weist darauf hin, dass ein Drittel aller Auslagen für das Feuerlöschwesen im Wege der Feuerversicherung eingehoben werden. Die Feuerversicherung ist zu hoch, sie müsste ermässigt werden.

Es ist zehn Uhr geworden und Bürgermeister Seitz unterbricht den Redner mit der Frage, ob er seine Ausführungen unterbrechen will. Gemeinderat Doppler bejaht dies, worauf der Bürgermeister verkündet, dass die nächste Gemeinderatssitzung am Mittwoch, den 28. Dezember um vier Uhr nachmittags stattfindet.

Bürgermeister Seitz: Es ist nicht möglich, den geehrten Mitgliedern des Wiener Gemeinderates einen längeren Weihnachtsurlaub zu gewähren. Wir müssen die Budgetberatungen zu Ende führen und daher auf einen längeren Urlaub verzichten. Ich wünsche den Mitgliedern des Gemeinderates und der ganzen Bevölkerung Wiens von dieser Stelle aus gute Weihnachten.

Schluss der Sitzung zehn Uhr nachts.

.....